

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 15. Sitzung des Bundesrates vom 27. April 1977

1. SKA

Der Bundesrat hat Herrn Dr. Fritz Leutwiler, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, zu einer Orientierung und Aussprache über die Vorfälle bei der Filiale Chiasso der Schweizerischen Kreditanstalt eingeladen. Herr Leutwiler gibt einleitend bekannt, dass der ursprünglich gemeldete Verlust von 250 Mio Franken erheblich unterschätzt ist. Auch die neusten, in der Presse erschienenen Meldungen über einen Fehlbetrag von 750 Mio Franken dürften unter dem wahren Fehlbetrag liegen. Es ist mit rund einer Milliarde Verlust zu rechnen. Dies bedeutet, dass die internen Reserven der SKA verloren sind. Der damit verbundene Vertrauensschwund für diese Bank im besondern, das schweizerische Bankwesen im allgemeinen ist nicht abzusehen. Die Offerte eines Darlehens von 3 Milliarden Franken (je eine Milliarde Nationalbank, SBV, SBG) war mit dem Präsidenten der Kreditanstalt abgeprochen. Die negative Reaktion dieser Bank - ihre dankende Absage - erfolgte tags darauf offenbar nach einer internen Auseinandersetzung. Publizistisch war dieser Zwischenfall nicht erfreulich, die Geste der Nationalbank und der beiden andern Grossbanken hat aber bestimmt wesentlich dazu beigetragen, dass es bisher zu keinerlei panikartigen Abhebungen bei der Kreditanstalt gekommen ist. Die Lehren, die aus den Vorfällen zu ziehen sind, gehen dahin, dass die Kontrolle der Banken verstärkt werden muss. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind bereits gegeben, was dringend erscheint, ist eine Verstärkung des Sekretariats der Bankenkommission durch hochqualifizierte Revisoren. Ferner muss das Problem Liechtenstein einmal gründlich diskutiert werden.

In der folgenden Diskussion wird aus der Mitte des Bundesrates darauf hingewiesen, dass auch die Kontrolle der ausländischen Niederlassungen der grossen Schweizerbanken ein Problem ist, was Herr Leutwiler bestätigt. Auch dieses Problem bedarf einer gründlichen Ueberprüfung.

In der Aussprache wird ferner auf zwei weitere wirtschaftlich-finanzielle Engpässe hingewiesen, die in den nächsten Monaten in der Oeffentlichkeit grosses Aufsehen erregen könnten: Herr Ritschard gibt bekannt, dass das Kernkraftwerk Kaiser-augst allmählich am Ende seiner finanziellen Mittel ist und von den Banken derzeit nur noch spärlich Kredit bekommt. Spätestens Ende des laufenden Jahres steht man hier vor einer entscheidenden Wende. Herr Furgler gibt bekannt, dass der Regierungsrat des Kantons Solothurn vorsprechen möchte, da er in grosser Sorge um die Entwicklung der Firma Bally, Schönenwerd, ist. Aus der Entwicklung an der Börse muss geschlossen werden, dass Aktien dieser Firma in zunehmendem Masse ins Ausland abwandern.



## 2. Sommerzeit

Von einem Bericht des FZD über die verschiedenen Möglichkeiten des Vorgehens (BG oder BRB) wird Kenntnis genommen. Der Rat entscheidet sich grundsätzlich für den Erlass eines Gesetzes, das den eidgenössischen Räten so rechtzeitig vorgelegt werden soll, dass sie sich im Juni 1977 damit befassen können.

## 3. Jurafrage

Herr Bundespräsident Furgler gibt bekannt, dass - als Fazit der intensiven Besprechungen der letzten Tage mit Vertretern der Berner Regierung und der jurassischen Konstituante - vorgesehen ist, regelmässige Zusammenkünfte auf Regierungsebene einerseits, auf Stabs- und Sekretariatsebene andererseits einzuberufen. Bezüglich der Demonstrationen von Moutier haben die autonomistischen Gruppierungen des Südens sich bereit erklärt, bis zur Bildung der Commission de concertation keine öffentlichen politischen Aktionen mehr durchzuführen. Bei den antiseparatistischen Organisationen ist demgegenüber die Frauenorganisation unter der Leitung von Frau Aubry nicht bereit, am 7. Mai auf ihre ordentliche Generalversammlung zu verzichten. Dies ist sehr bedauerlich, da damit die ganze Absprache in Frage gestellt werden könnte. Es ist vorgesehen, darüber noch eingehend mit der Juradelegation des Regierungsrates des Kantons Bern zu sprechen; die Herren Ritschard und Chevallaz unterstreichen in diesem Zusammenhang die grossen und unermüdlichen Anstrengungen von Herrn Furgler im Hinblick auf eine Beruhigung im Jura und sprechen ihm ihre Anerkennung dafür aus.

## 4. Administrative Untersuchung im EMD

Herr Gnägi gibt bekannt, dass im Bereiche des Orange-Funknetzes Mängel entdeckt worden sind, die möglicherweise auf ein fehlerhaftes Verhalten von Beamten zurückzuführen sind. Das EMD hat deshalb eine administrative Untersuchung angeordnet. Der Bundesrat nimmt davon zustimmend Kenntnis.

## 5. Direktion Veterinäramt

Herr Brugger gibt bekannt, dass an Stelle von Herrn Professor Nabholz, der im Herbst altershalber zurücktritt, ein Romand gesucht wurde. Es fand sich aber kein qualifizierter Kandidat. Der Chef des EVD wird deshalb voraussichtlich den Kantons-tierarzt von Zürich vorschlagen.



6. 9. AHV-Revision

Herr Hürlimann berichtet über die Verhandlungen der Kommission des Ständerates über die 9. AHV-Revision. Die Beschlüsse stimmen grundsätzlich mit jenen des Nationalrates überein. Es wurde aber die Frage aufgeworfen, ob die vorgesehene Erhöhung der Bundesbeiträge auf 13 und 15% auch nach einem negativen Entscheid am 12. Juni noch möglich ist.

7. TV-Sendung Baden

Herr Hürlimann gibt bekannt, dass er nach Rücksprache mit Herrn Matt definitiv auf eine Beteiligung an dieser Fernsehsendung verzichtet. Es wäre seines Erachtens insbesondere unglücklich, bei diesem grossen öffentlichen Anlass das Finanzpaket von zwei bürgerlichen Bundesräten vertreten zu lassen.

8. Oberzolldirektion

Herr Chevallaz gibt bekannt, dass er als Nachfolger für den zurücktretenden Oberzolldirektor Lenz Herrn Affolter, bisher Vizedirektor der OZD, vorschlagen werde.

9. Publikation der Jura-Verfassung

Herr Bundeskanzler Huber macht darauf aufmerksam, dass sich die Frage stellt, ob zusammen mit der Gewährleistungsbotschaft auch die Jura-Verfassung in ihrer Gesamtheit im Bundesblatt publiziert werden soll. Die Bundeskanzlei neigt dazu, dies zu tun, trotzdem es nicht der bisherigen Praxis entspricht. Der Rat ist der gleichen Meinung und stimmt der Auffassung der Bundeskanzlei zu.

5.5.1977 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)